

Die Constitution.

Tagblatt

für constitutionelles Volksleben und Belehrung.

Verantwortlicher Redakteur:

E. Häfner.

Motto: Freiheit und Arbeit!

Mit-Redakteure:

M. Grigner. L. Hauf.

N^o 96.

Wien, Mittwoch den 19. Juli

1848.

Wien. Der Reichsverweser, als Stellvertreter des Kaisers hat folgende ihm vom Herrn Döblichof vorgelegte Zusammenfassung des Ministeriums genehmigt:

Conseilspräsident, Minister des Hauses und des Aeußern, Freiherr v. Wessenberg; Minister des Innern, Freiherr v. Döblichof; Minister der Justiz, Dr. Alexander Bach; Minister des Krieges, Graf Latour (!); Minister der Finanzen, Freiherr v. Kraus (!) (provisorisch); Unterstaatssecretär im Ministerium der Finanzen, Freiherr v. Stüft *); Minister des Handels, Theodor Hornbostl; Minister des Unterrichts, Freiherr von Döblichof (provisorisch); Unterstaatssecretär im Ministerium des Unterrichts, Dr. Freiherr von Feuchtersleben; Minister der öffentlichen Arbeiten, Ernst von Schwarzer.

*) Senior (!?) oder junior?

Der Reichsverweser und das Ministerium Camp- hausen.

K. U. Es hat Jemand die Bemerkung gemacht, daß das Volk von Wien auf den Straßen sich so heldenmüthig und freiheitsbegeistert, in den Häusern aber, vergleichungsweise so unheimlich, so schwarzgelb zeige; die Ursache hievon liegt darin, weil die Revolution, so breit auch das Bett schon ist, welches ihr Strom sich errungen, doch Jenen den Boden noch nicht vollständig unter den Füßen weggeschwemmt hat, welche vermög ihrer bisherigen Stellung vorzüglich in der Lage waren, innerhalb der vier Wände auf eine oder die andere Art Macht und Einfluß auszuüben. Daher kommt es, daß nach jedem Schritte vorwärts, den sich das Volk gewaltsam erkämpft, in der darauffolgenden Ruhezeit, — Dank sei es den Bemühungen jener Herren, zu denen vorzüglich Aristokraten, Bureaukraten und hausbesitzende Spießbürger gehören, — ein, wenn auch kleinerer unmerklich zurückgethan, oder wenigstens zurückzuthun versucht wurde. Dieß findet nun so wie hier, mehr oder weniger in unserem ganzen deutschen Vaterlande statt. Wäre es nicht der Fall, so würden wir ganz sicher die so ungestüm begehrten Anforderungen der neuerwachten Zeit bereits in einem viel höherem Grade erfüllt sehen, und wir wären wahrscheinlich schon, wenigstens für eine längere oder kürzere Dauer, — je nachdem nämlich die Ideen bereits entwickelt und in's Volk gedrungen wären — zu einer Art Abschluß in der Bewegung gekommen.

Ein solches Rückwärtsgelien, wie wir oben erwähnt, können wir denn auch ganz deutlich in der Geschichte der Veranlassung, des Entstehens

und des Wirkens unseres ersten deutschen Reichstages zu Frankfurt gewahren. Die Revolution zernichtete, wenn auch nicht in der Form, doch im Geiste und in der Wirksamkeit, die deutsche Bundesversammlung; — Gott lasse sie ruhen! — die Revolution, oder eigentlich das durch sie selbstindig (souverain) gewordene Volk, berief seine Vertreter zum allgemeinen Reichstag, damit sie diese Selbstständigkeit nach außen und innen kundgeben und in diesen beiden Richtungen die Zustände und Verhältnisse des deutschen Gesamtlandes, nach dem Willen des Volkes umändern und neu regeln sollten; bei dieser Versammlung der Abgeordneten, welche natürlich, um uns so auszudrücken, den klassischen Boden der Revolutionen, die offene Straße verlassen, und im geschlossenen Raume, wenn auch bei sogenannter Deffentlichkeit, statt finden mußte, war nun der Eingang bezeichneter Partei der „Stuben-Potentaten,“ wieder erwünschte Gelegenheit gegeben, ihre Minen springen zu lassen und ihre Macht auszuüben; und sie haben sie benützt diese Gelegenheit, leider benützt, und zwar mit Erfolg! Wir alle, von der Ostsee bis an die Alpen, vom Rhein bis an die Karpathen wissen, wie wenig Einige von den in Frankfurt gefaßten Beschlüssen, unseren jezigen Begriffen von Freiheit und Selbstständigkeit entsprechen, wie wenig sie den Anforderungen genügen, die der Zeitgeist unerbittlich an uns, wir aber ebenso unerbittlich, weil auf diesen gestützt, an die Regierungen stellen.

Es ist von allen deutschen Gauen her, und mit vollem Recht als Verrath an dem Volke bezeichnet worden, welches frei und selbstständig die Abgeordneten als seine, und nicht der Regierungen Vertreter wählte, daß der Reichstag einen unverantwortlichen Verweser ernannt, ihn überdies mit einem Veto ausgerüstet, und ihm so nicht nur möglich gemacht, sondern ihn sogar beinahe dazu aufgefordert hat, den,

Willen des Volkes, wenn es ihm nicht beliebt, nicht zu achten, ja selbst mit Gewalt zu unterdrücken!

Wer denkt da nicht unwillkürlich an jene vier satyrischen Zeichnungen, in deren erster der deutsche Michel ganz breit und zufrieden auf dem Throne sitzt, erfreut, daß er selbst jetzt alles ordnen und schlichten werde, während ein gekrönter Herrscher unten an den Stufen steht; in deren folgenden zwei er, nachdem er dem Herrscher auf dessen Ersuchen neben sich etwas Platz gemacht, schon bis über die Hälfte von demselben hinabgedrängt ist; bis er endlich im vierten gänzlich hinuntergestürzt, auf der Erde liegt, zum Ergötzen des Anderen?

Wenn wir nun auch nicht glauben, daß es so weit kommen wird, — weil wir überzeugt sind, daß Michel, seine Riesenstärke jetzt kennend, sich mit Erfolg seiner Arme bedienen würde, wenn er weit genug vom Throne gedrängt wäre, um einzusehen, daß der Andere ihn hinabzustürzen beabsichtige, — so müssen wir doch gestehen, daß wir glauben, durch den erwähnten Reichstagsbeschluß in einer, dem zweiten der vier Bilder verzeufligt ähnlichen Lage zu sein.

Wir wollen damit nicht sagen: Erzherzog Johann werde ein solches Spiel mit uns treiben, wie der Tyrann mit dem Michel; wir nehmen hinwieder aber auch keinen Anstand, dem Reichsverweser zu erklären, daß nicht nur ein großer Theil des deutschen Volkes seine Hoffnungen nicht erfüllt sah, sondern er in den Augen Aller Verständigen freien, selbst eine große politische Unklugheit, einen großen Fehler begangen hat, dadurch, daß er die ihm durch das Vertrauen der Volksvertreter übertragene Gewalt, nicht mit dem Besage und der Erklärung von seiner Seite angenommen habe: Er wolle dem deutschen Reichstage für seine Handlungen verantwortlich sein und verzichte auf jenes mißliebige Veto! Das Vertrauen des Volkes ist leicht verloren, besonders gegen „Erlauchte“ Personen, aber schwer oder nie wiedergewonnen!

Noch mehr hat uns aber Alle die Kunde davon betrübt, der Erzherzog-Reichsverweser habe Kamphausen zum Minister, ja zum Ministerpräsidenten Deutschlands ernannt! Also so weit sind wir schon, daß man uns freien Deutschen insgesamt, als den Leiter unserer gemeinschaftlichen Regierungsangelegenheiten den Mann ohne weiteres aufbringt, dessen Ministerium bereits in Berlin, von einem, gewiß nicht zu radikalem Reichstage gestürzt wurde? einen Mann, der in der Stadt wo die abgenöthigten Zugeständnisse und Freiheiten viele Hundert blutige Opfer gekostet, es wagte die Revolution nicht anzuerkennen? Ein solcher Mann soll, allenfalls im Vereine mit Schmerling und ähnlichen, aus guten Gründen Unliebsamen, die Maßregeln in's Werk setzen, welche die Gesamtheit des deutschen Volkes, häufig gegen den Willen der einzelnen Dynastien oder Regierungen, vielleicht manchmal selbst gegen den Willen Aller, verlangt und erwartet? Nimmermehr!!

Der Schrei, der in der Presse von allen Marken unseres großen deutschen Vaterlandes über diese Ernennung ertönt und noch ertönen wird, möge dem Erzherzog-Reichsverweser zeigen, wie allseitig und wie tief gefühlt der Schmerz darüber ist, möge ihn bestimmen eine andere, volkstümliche Wahl zu treffen, denn keine Zeit bewies so schlagend als die gegenwärtige die Wahrheit des Sprichwortes: Volksstimme, Gottesstimme.

Dr. Ubricht.

Reichstags-Sitzung vom 18. Juli.

Die Sitzung, eröffnet um 10¹/₄ Uhr, beginnt mit der Klage eines Abgeordneten über die Abendbeilage unserer lammfrommen Schwarzzelben. In selber sei nämlich die Rede von Seringschätzung, welche die Deputirten einander (statt die Commission zum Empfange derselben gegen diese) bewiesen. Die Wiener-Zeitung soll widerrufen. Straßer beklagt sich über das Reichstagsblatt, das seinen Antrag in vorletzter Sitzung verstümmelt. Wie gewöhnlich, wird auch hier ein Langes und Breites gesprochen, bis Fischof's Antrag wegen Verbesserung der Reden durch die Redner selbst durchgeht.

An der Tagesordnung sind Berichte über die Wahlprüfungen.

Beanständet ist laut Sectionserklärung, die Wahl des Abgeordneten Teufel. Durch die Debatte darüber erfahren wir, daß nach 4 Wochen kein Protest mehr berücksichtigt werde. Ein Abgeordneter (die Herren unterlassen noch immer, ihre Namen zu nennen) bemerkt, daß im Leschner Wahlbezirke, die Urwahlen am 16. Juni, die Deputirtenwahlen schon am 19. Statt gefunden, was abermals ein Beweis für den höchst constitutionellen Vorgang unserer einsichtsvollen und freisinnigen Behörden ist.

Ueber die Wahl des Abgeordneten Tarnowski für Rozwadow in Galizien, sandte das dortige Brigade-Commando einen Protest, wegen bei selber Statt gehaltenen Umtrieben des Adels und der Geistlichkeit ein. Nieger aus Prag bewundert die Kühnheit, mit der sich eine militärische Behörde in Wahlanglegenheiten mische, und will der Brigade einen Verweis ertheilt wissen. Sierakowski will eine diesfällige Interpellation an den Kriegsminister. Da wir aber noch kein Ministerium besitzen, ist ein solcher nicht anwesend. Neuwahl entschuldigt die Brigade, da sie bloß die Vermittlung des Einsendens übernommen, worauf Nieger bemerkt, ein Brigade-Commando müsse so viel Einsicht haben, daß es wisse, ob es in einer Sache competent sei oder nicht. Sein von der äußersten Rechten will Tagesordnung, man stimmt ab und es wird dazu übergegangen.

Die Wahl des Abgeordneten Ströbäck für Prag, soll nach Antrag der Section für gültig angenommen werden.

Löhner wünscht vom Berichterstatter Auskunft über den Zwischenraum, zwischen Ur- und Deputirtenwahl, und ob sie während des Belagerungszustandes geschehen sei.

Der Berichterstatter erklärt, es sei zwar nur ein kurzer Zeitraum zwischen beiden Wahlen gewesen und hätten sie allerdings während des Belagerungszustandes unter Dictator Windischgrätz Statt gefunden. Doch liege kein Protest wegen desselben vor. Am Ende wickelt sich der Redner in die baumwollene Phrase: Frei sei, wer sich frei dünke.

Löhner bemerkt jedoch, daß zwischen beiden nicht einmal ein Tag gelegen habe, in so kurzer Zeit also, selbst wenn die Urwahlen zugegeben werden, eine Candidatur für, daher ein Meinungsanspruch in der Deputirtenwahl zur Unmöglichkeit gehöre. Wegen des Belagerungszustandes bemerkt er, daß mit seinem Eintritt alle Civilrechte schweigen und nur der Militärbefehl Kraft habe. Meinungsfreiheit sei ein solches Recht und mit Befehl unverträglich. In dieser Ueberzeugung hebe sogar die spanische Regierung, welche doch möglichst inconstitutionell vorgehe, selbst in den Städten, wo Belagerungszustand öfter im Jahre wiederkehre, denselben für die Wahlzeit auf. Was übrigens die Phrase: frei sei, wer sich freidünkt, anbelange, so möge sich der Berichterstatter gefälligst an die vorjährige Zeit erinnern. Sich frei fühlen, ist Wortkram, unpractisch, taugt nichts, wir müssen Garantien für unsere Freiheit haben.

Trojan aus Böhmen, ein unklarer Kopf, aber wüthender Gezehe, bekannt aus dieses Landes letzter Vergangenheit, reißt die Frage in Fegen und steckt den nationalen Bruchtheil ziemlich unverhohlen als Panier auf. Es sei die Frage, ob überhaupt die Prager Deputirten (Strohbach, Palazky, Borrosch) als gültig gewählt anerkannt werden sollen. Er nennt es eine Bevormundung, wenn der Reichstag sich vielleicht unterfangen wollte, Wahlen zu annulliren, gegen welche Prag selber nicht protestirt habe. Eine Stunde genüge vollkommen zur Wahl, da man in Prag seit lange schon seine Leute kenne, vollkommen wisse, welche Führer man zu nehmen habe, und daß endlich die Prager Leute seien, welche selbst dem Belagerungszustande zum Troß ihren freien Willen hätten. Uebrigens sei Meinungsfreiheit auch trotz des Belagerungszustandes bei dem Wahlacte vollkommen gewahrt gewesen, denn man habe ja geheime Abstimmung gehabt. Ihn unterstützt Hauschild aus Böhmen in gleichem Sinne. Die Herzhaftigkeit der Prager ist der Angelpunct seiner Rede. Dem Abgeordneten Löhner auf seine Bemerkung wegen Spanien müsse er entgegen, daß sein Beispiel nur beweise, wie die spanische Regierung noch viel constitutioneller verfahren, denn die böhmische.

Das Wort nimmt jetzt ein deutscher Redner, Breitel aus Wien. Er bestiegt zuvörderst das alte Paradespferd Theorie, dem er die Festschabracke Princip auflegt. Es handle sich hier nicht um den speciellen Fall, es handle sich um das Princip. Die heutige Entscheidung werde maßgebend sein für die Zukunft. Nie dürfe eine Wahl unter Bajonetten ausgeführt werden. Auch die Wahl der Wahlmänner sei ganz unfrei gewesen, eine Besprechung wegen des Verbots größerer Versammlungen früher unmöglich gewesen. Es sei schon Zwang, wenn einzelne sich der Wahl enthielten. Aus der Zahl der nicht erschienenen Wahlmänner könnte man, wenn man sie wüßte, die Wirkung des Belagerungszustandes abnehmen.

Hierauf tritt Borrosch auf, der sich von der Linken auf die äußerste Rechte gesetzt hat, und hält eine Strafpredigt. Wir begreifen nicht, wie sich die Versammlung, welche so oft eine hohe sich nennen läßt, eine solche verlegende Sprache gefallen lassen kann. Abgeordneter Borrosch widerlegt nicht er schulmeister. Er beginnt damit, daß er nicht etwa für sein eigenes Interesse (als Prager Deputirter) spreche. Das Seinige habe er im Wege der Presse gethan. Beim Belagerungszustande sei die Ursache seines Eintretens zu berücksichtigen. Wenn er zur Herstellung der gesetzlichen Ordnung eintrete, sei er kein Hinderniß der Wahlfreiheit. (Wahrscheinlich folgt nächstens eine Lobrede auf Windischgrätz, den Retter des Vaterlandes). Er vergleicht Windischgrätz mit Cavaignac. Trotz des Belagerungszustandes berathe die Nationalversammlung in voller Freiheit zu Paris, daher habe in Prag trotz des Belagerungszustandes frei gewählt werden können.

Niemand macht den Redner aufmerksam, daß eine schon gewählte, constituirte Nationalversammlung, aus der bereits eine Executionsgewalt hervorgegangen sei, durchaus nicht als Beleg für einen unter den Kanonen eines Generals in einer eben zerstörten Stadt, frei sein sollenden Wahlact abgeben könne.

Dagegen weist Abgeordneter Löhner den Vorwurf der Bevormundung zurück, da der Reichstag in seiner Stellung allerdings das Recht der Prüfung, folgerichtig auch das der Verwerfung habe. Freie Besprechung sei eine Prinzipfrage und Wien, wo dieselbe so lange gedauert habe, ein fac-

tischer Beweis für die Wichtigkeit, welche darauf zu legen sei. Eine Entscheidung Knall und Fall, müsse er Geistesarmuth nennen. Er stelle daher den Antrag: Wegen Unzulänglichkeit der Wahlfrist und des Statt gehaltenen Belagerungszustandes die Prager Wahlen für ungültig zu erklären.

Trojan will dieses Princip erst im Reichstage festgesetzt wissen, und scheint beinahe in Löhners Antrag eine Gehäßigkeit zu finden.

Wocet, seines Glaubensbekenntnisses ein Ultra-Gezehe, hält abermals der Herzhaftigkeit der Prager eine Lobrede. Sie seien nicht Leute von gestern, ihrer Sache und der denöthigten Führer seien sie bereits seit Jahren gewiß. Rieger hält den Abgeordneten Borrosch, Strohbach, Polazky, abermals eine Lobrede. Bei erneuten Wahlen würden sie wieder gewählt. Geistesarmuth könne er in schneller Entscheidung nicht finden. Palazky sei in 21 Landbezirken gewählt, würde eine neue Wahl für Prag, wo er allein die Wahl angenommen, ausgeschrieben, so hätten wir den Verlust einer Intelligenz zu bedauern, weil er vielleicht nicht gewählt werden könnte.

Kein Abgeordneter weist auf diesen lächerlichen Widerspruch eines sehr zuversichtlich auftretenden Redners hin.

Die Prager Wahlen werden für gültig erkannt.

Bei der ganzen Verhandlung legt Präsident Weiß eine merkwürdige Unfähigkeit, einer Debatte zu folgen und parlamentarische Form zu wahren, an den Tag.

Bei der ganzen Debatte steht Löhner isolirt. Die sonst so wortfertigen Abgeordneten, z. B. Goldmark, sind für ihre Dauer in den Trappisten-Orden getreten.

Da bereits 208 Deputirte als gültig gewählt befunden, erklärt der Präsident in einer Ansprache von sehr magerer Beredsamkeit

den Reichstag als constituirt.

Es wird die Frage gestellt: Ob die Präsidentenwahl nunmehr, so wie die der übrigen Functionäre, zu geschehen habe? Smolka und Rieger wollen sie bis nach Berathung der Geschäftsordnung verschoben, Löhner will sie vor dieser geschehen wissen. Merkwürdiger Weise behielten beide Parteien Beifall.

Breitel behauptet, die Pflichten des Präsidenten bleiben immer dieselben, die Geschäftsordnung sei daher kein Motiv für den Aufschub der Wahl.

Neuwall weist auf die Nothwendigkeit einer geregelten Leitung der Debatte hin, die eine solche Wahl eines Vertrauensmannes nothwendig mache.

Borrosch, der ewige Vertheidiger parlamentarischer Ordnung hilft sich einfach wegen des §. 6 der durch Abstimmung angenommenen Geschäftsordnung, welcher lautet: „Nach erfolgter Constituierung des Reichstages wird zur Präsidentenwahl geschritten“ damit, daß er die Geschäftsordnung nicht anerkennen will.

Zum Ueberfluß kommt noch Mirabeau-Gleißbach, welcher mit gewohntem Scharfsinne der Meinung zu sein sich erdreistet, die Monarchie warte nicht so sehr auf die feierliche Eröffnung des Reichstages, als auf Handlungen. Diese weise Bemerkung wird mit Gelächter aufgenommen.

Lubomirski stimmt für den Aufschub der Wahl und beruft sich auf die Einrichtung der alten französischen Kammer.

Eine Sündfluth von Worten überschwemmt das Terrain der Frage, von einem Festhalten der Debatte ist keine Rede, es wird durch Aufstehen und Sigensbleiben abgestimmt. Die Majorität der Aufgestandenen ist für

die Wahl, Rieger und mehrere der äußersten Rechten, wie Galizier der Linken wollen Gegenprobe, die Verwirrung geht ins Ungeheure, der Präsident hat alle Fassung verloren und weiß sich nicht mehr zu rathen. Es wird die Abstimmung durch Namensaufruf verlangt. Der Präsident erklärt, kein Namensverzeichnis der Deputirten zu besitzen, was einen Beweis von der trefflichen Führung des Bureau gibt. Endlich kommt ein Namensaufruf zu Stande. Alle Slaven stimmen consequent für den Aufschub, mit ihnen Stadion. Alle Deutschen stimmen für sofortige Wahl, mit ihnen Pillersdorf. Mirabeau-Gleisbach stimmt für und gegen die Wahl. Endlich wird die Wahl des Präsidenten mit einer Majorität von 10 Stimmen **aufgeschoben**. Während der Abstimmung unterhielt sich Stadion angelegentlich mit Palachy und Rieger.

Die slavische Majorität steht compact in enggeschlossenen Reihen. Die deutsche Minorität ist zersplittert und zerstreut. Die slavischen Redner treten scharf und herb auf, die Deutschen reiten Theorien lahm und verlassen den realen Boden. Der heutige parlamentarische Streit deutet auf eine trübe Zukunft, wenn deutsches und slavisches Element zu einem entscheidenden Kampfe kommen.

Niederhuber.

Babylon, Babylon!!

An der Heerstraße der neueren Geschichte sitzt eine graue Sphinx, welche den vorbeiziehenden Völkern Fragen vorlegt, die sie bisher nicht gelöst, und die ihnen mit Verderben drohen, wenn sie sie nicht lösen. Wer diese Sphinx kennen will, der komme nach Oesterreich, nach Wien in die constituirende Versammlung, dort bereitet sie sich vor, in der nächsten Zukunft ihren Sitz aufzuschlagen. — Nationalität, du bist die Sphinx, von welcher ich spreche, du bist das Ungeheure des neunzehnten Jahrhunderts! Deine Räthsel aber, teuflisches Weib, sind von Menschen nicht zu lösen, und kein Debipus wird sich unter den Völkern finden, der durch die Lösung sich mit seiner königlichen Mutter, der Freiheit, wird vermählen können. Nun wohl! wenn es nicht anders geht, die Völker von deiner Mordlust zu befreien, so will ich den Riesenkampf wagen! Ich weiß ja, du bist ein schönes liebendes Weib voll Zärtlichkeit und Sanftmuth, allein ein Fluch hat dich in Stein verzaubert, du bist hart, kalt, graus und grausam geworden. Darum will ich los schlagen auf die versteinerte Schale, den versteinerten Begriff, daß ihr lebendiger, von Wärme durchströmter Inhalt sich wieder lösmache, und du hehres Weib wieder dastehst in deiner unverfälschten, reichen Gestalt. — Weil die Menschheit unendlich ist in der Zeit, weil sie nie aufhören wird sich zu entwickeln, weil die Menschheit und die Vollkommenheit zwei Linien sind, die sich ewig annähern und sich ewig nicht erreichen können. Deshalb wird der Krieg so lange als die Menschheit, das heißt ewig dauern, und die Geschichte bleibt eine ewige Völkerschlacht, und Unabhängigkeitsucht und Eroberungstrieb, Freiheitsliebe und Herrschgier, Tugenden und Laster, Himmel und Hölle, Religion und Gottlosigkeit, Konnopolitismus und engherzige Nationalität haben abwechselnd zur Parole gedient in dieser großen Völkerschlacht. Die Nationalität habe ich zuletzt genannt, weil sie es ist, welche die letzte Geschichte Europa's vor Allem charakterisirt. Religionskriege bezeichnen die nächsten Jahrhunderte nach dem Mittelalter, Kreuzzüge das Mittelalter selbst, und Nationalitätskämpfe heben unsere Zeit hervor.

Was ist aber die Nationalität, wird der Kampf für sie geführt, oder dient sie bloß zum Deckmantel für andere Leidenschaften, so wie einst die Religion nur einer fremden niedern Macht gedient hat, als sie selbst die

Devise für die blutige Kriegsfahne abgab? Die Nationalität kann nichts anderes sein, als die Summe jener sittlichen und geistigen Eigenschaften, welche ein Volk charakterisiren, sie ist die höhere Persönlichkeit eines Volkes, sie ist ganz dasselbe, was der Charakter bei einem einzelnen Menschen ist, und eben so wenig als Aeußerlichkeiten an diesem, als der Accent, das Kleid u. s. w. mit in seinen Charakter einbezogen werden dürfen, eben so wenig sind Sprache, Tracht und andere derlei Zufälligkeiten als Momente der Nationalität in Geltung zu lassen. Hier stehe ich auf dem Kriegsfuße mit allen Autoritäten vor mir und meiner Zeit, welche alle, so oft es sich um die Nationalität eines Volkes handelt, nicht etwa bei einer sittlichen oder geistigen Eigenschaft desselben anfangen, sondern gerade die Sprache obenan stellen, als wäre sie der Geist des Volkes selber, während sie doch mit diesem nur in einiger Beziehung steht.

Ein Volk will seine Nationalität aufrecht erhalten, was heißt das? Das heißt, es will seinen eigenen Charakter, sich nicht schmiegen und fügen lassen, gegenüber dem Charakter eines anderen Volkes, mit einem Worte, wenn ein Volk frei sein will von dem Joche eines anderen Volkes, so will es seine Nationalität bewahren, und so wäre der Kampf um Nationalität nur der Kampf um Freiheit, nicht zwischen Volk und Regierung, sondern zwischen zwei Völkern gefochten. Ein solcher Kampf ist allerdings vernünftig und gerecht. Allein unsere Nationalitätskämpfer haben einen ganz anderen Charakter bekommen, denn man ist sogar geneigt, die Freiheit der Nationalität zum Opfer zu bringen, zum Beweise, daß man in der Nationalität nicht die Volksfreiheit gerettet wissen will. Und das ist der Wahnsinn der Zeit, und da laufen die Völker einem Schatten nach, da verfolgen sie ein Irlicht, welches sie ins Blutbad jagt, da sind die Völker aus der Bahn der Vernunft herausgetreten, da ist die Welt zum Karrenhaus geworden, und die europäische Freiheit ist ein babylonischer Thurm, dessen Ausbau durch die Sprachverwirrung für lange hinausgeschoben wird. Die Völker hassen sich, verfolgen sich mit Wuth nicht im Namen der Freiheit, nicht im Namen der wahren Nationalität, sondern im Namen der Sprache. Den Gedanken lassen sie fahren und in's todte Wort beißen sie sich bis zur Grausamkeit ein.

Oesterreich ist zunächst der Wahlplatz, wo die falschverstandenen Nationalitäten auf der Mensur stehen, und Deutsche, Tschechen, Ungarn, Croaten, Italiener und Polen sind die handelnden Personen in der Wahnsinnsscene. Diese Nationen könnten wohl mit einander verbunden frei sein, doch sie fahren auseinander und wissen nicht, daß sie dadurch gerade der Freiheit entlaufen, und daß ohne diese eine nationale Selbstständigkeit nicht denkbar ist. Sie leben in dem Wahne, daß sie sich bisher selber einander unterdrückt, während es bloß das gottvergessene Regierungssystem war, welches sie Alle zusammen geknechtet hat. Daß sie aber daran vergessen, und daß sie ihren bisherigen politischen Jammer in seinem Wesen nicht erkennen, das wird noch manches Unglück über Oesterreich's Völker bringen. Und von draußen wird der Nationalitätskampf in unsere mit Sehnsucht lange erwartete Reichsversammlung bringen. Mit der Sprachdebatte fängt man an, und ich fürchte, die Herren debattiren weniger im Interesse der Sprache, als in dem Dienste jenes wesenlosen Schattens, welcher nicht Nationalität ist, welchen sie aber dafür nehmen, denn wie könnte es sonst den verhältnißmäßig sehr wenigen der deutschen Sprache untüchtigen Mitgliedern einfallen, daß man die slavische Sprache zur Reichstagssprache mache, wenn es nicht Nationalität wäre, welche dahinter steckt, und welche in der Kammer noch andere Parteien schaffen wird als die politischen.

Ich habe hier mit der Lösung der Sprachenfrage durchaus nichts zu schaffen, aber die Besorgniß will ich ausgesprochen haben, daß hinter diesem

Differenzpunkte ein anderer sich verbirgt von viel bössartigerem Charakter.

Josef Hrczka.

(Deutschland.) Im Fürstenthume Neuß hat die Vorlesung des Kriegartikels „der Soldat dürfe, wenn er Befehl erhalte, für Fürst und Vaterland zu streiten, weder Vater noch Mutter u. s. schonen“ unter den Soldaten eine nicht unbedeutende Aufregung hervorgebracht, die mit der, unter dem Schutze von Bürgermilitär bewerkstelligten Flucht des Hauptmanns von Schönfels endete. Auch in München, wo bekanntlich Politik mit Bier und Bierpreisen in innigem Zusammenhange steht, entstand wegen zu hohem Bierpreise ein Krawall, der Bürger und Militär in Aufruhr brachte und erst nach einigen Verwundungen und Barrikadenversuchen endigte. Um so ruhiger, und heimlich ruhig ist es in Berlin, wo man sich eben so wenig über den österreichischen Prinzen als deutschen Reichsverweser freut, als man andererseits empört ist über den Bühnenkönig, der sich heute an die Spitze Deutschlands stellt und morgen in russischer Uniform den Geburtstag des Czaren feiert. Jedoch scheint es, als ob unser neues Reichsministerium den durch Johann's Wahl in ihrer Nationalitätlichkeit gekränkten Preußen durch die Ernennung des Prinzen von Preußen zum Generalfeldmarschall von Deutschland Genugthuung geben werde. Wird Deutschland seine oberste Militärgewalt in den Händen dieses herabwürdigten Prinzen dulden? Sollte in ganz Deutschland kein populärer oder doch wenigstens ein nicht anstößiger Name, ein Mann aus dem Volke für dieses Amt zu finden sein? — Der vor Kurzem von der preussischen Regierung nach Wien entsandte General v. Below hat nach seiner Rückkehr in Berlin den Zustand des österreichischen Kaiserstaates als einen total zerrütteten und der völligen Auflösung entgegengehenden geschildert. Der arme Mann möchte nunmehr wohl aus dem Regen in die Traufe gekommen sein.

Wir sehen in all den convulsivischen Windungen der Neuzeit nur die Geburtswehen einer echt demokratischen Zukunft, und hoffen sie bald zu begrüßen, wenn auch ein Schmerling zum Premier des Reichsministeriums ernannt, wenn auch die Stelle eines Reichsverwesers, die verantwortlicher als jedes andere Amt sein sollte, zur unverantwortlichen gestempelt worden, und wenn endlich auch die hannoversche Adelskammer gegen alle vergangenen und zukünftigen Beschlüsse dieser doch gewiß loyalen, deutscher Reichsversammlung in ihrer (Gott sei Dank) letzten Sitzung vom 10. Juli einstimmig feierlich protestirte. Die sterbende Adelskammer hat sich somit mit ihrem letzten Athemzuge treulich an ihren würdigen König angeschlossen. Wir hoffen, daß des Königs Wirksamkeit der der Adelskammer recht bald nachfolgen werde. Uebrigens hat der König von Hannover den General Major Vorstand des Kriegsministeriums, nach Wien gesandt!!! — In Schleswig-Holstein sind Wahlen ohne Censur beinahe einstimmig angenommen worden. — Englische Zeitungen sagen, daß unser (durch den Empfang Metternich's sehr unruhiger) Gesandter in London, Graf Dietrichstein im Begriffe stehe, seinen Posten aufzugeben.

Grigner.

Ein Paar Fragen an Herrn Obercommandanten Pannasch.

K. U. Herr Oberst haben vor einigen Tagen eine „Rundmachung“ erlassen, in welcher Sie als Obercommandant der Nationalgarde anordnen, es habe diese, bis zum Ablaufe einer bestimmten Frist, ich glaube eines Tages, Mann für Mann durch Handschlag sich zu verpflichten, daß sie, während der Reichstag in unseren Mauern weilt, Ordnung, Ruhe und Sicherheit, selbst dann aufrecht halten werde, wenn, wie Sie es andeuteten,

die Versammlung der Abgeordneten unseren Wünschen nicht entsprechen sollte.

Wir fragen nun für's erste: Was veranlaßte Sie, eine Anforderung zu stellen, die, gering gesagt, von solchem Mißtrauen zeugt, als ob Sie — und warum gerade Sie? — befürchten müßten, es würden die Beratungen des Reichstages oder etwa gar die Personen der Abgeordneten von der Nationalgarde gefährdet werden? Hat diese schon einmal seit ihrem Bestehen die allgemeine Sicherheit und die des Einzelnen gestört oder bedroht? Dieß werden Sie nicht wagen zu behaupten, gegenüber der Anerkennung, die ihr weit und breit, ja von ganz Deutschland gezollt ward, als, und daß sie, selbst unter der aufgeregtesten Bevölkerung aller Classen, bei den verschiedensten, höchst stürmischen Zeitumständen, mit der größten Aufopferung ihrer Zeit und Kräfte, jede Person und jedes Eigenthum vollständig beschützte und alle tumultuarischen Straßengeräusche und Gewaltthaten unterdrückte; Sie werden dies nicht wagen, sagen wir, Sie müßten es ihr denn zum Vorwurfe machen wollen, daß sie am 15. Mai für Freiheit und Volksrecht einstand, und am 26. lieber ihr Blut auf den Barrikaden verspritzt, als zugegeben hätte, daß ihre theuersten Brüder, Wien's geliebte jugendliche Vorkämpfer, von einer elenden Aristokratenpartei gefährdet werden: Die Schande eines solchen Vorwurfs würde aber vor den Augen des freien Europa's nur auf Sie selbst zurückfallen.

Für's zweite aber fragen wir Sie: Wer berechtigte Sie, die Nationalgarde gleichsam in Eid nehmen zu wollen, daß sie Ruhe und Ordnung — noch dazu um jeden Preis und unter allen Verhältnissen — erhalten wolle? Eine solche Verpflichtung könnte nur der Reichstag durch ein ausdrückliches Gesetz derselben auferlegen, und selbst dieses könnte nicht so weit gehen; durch solche Vorschriften würde sich die Nationalgarde keines freien Volkes binden lassen, wie sich in neuester Zeit bei Ausbruch der französischen Februarrevolution abermals gezeigt hat.

Für's dritte fragen wir: Wer gab Ihnen den Auftrag, eine solche handschlägige Loyalitäts-Versicherung in Ihre Hände abzuverlangen, — selbst wenn sie statthaft wäre; ja wer konnte und durfte Ihnen einen solchen Auftrag geben? Als Obercommandant der Nationalgarde, ist es ihr Recht und Ihre Pflicht, dieselbe anzuführen, die militärische und strategische Leitung derselben auf sich zu nehmen, übrigen aber, so wie jeder Garde, nur im erhöhtem Maße, dasjenige im Auge zu haben, was ihrem Zwecke entspricht; Zweck der Nationalgarde ist aber: Wahrung der Volksrechte, und nur so weit es diese nothwendig macht, Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit; daß aber durch den von Ihnen verlangten Handschlag, dieser Hauptzweck nicht gefördert, sondern möglicherweise, selbst vereitelt werden könnte, ist einleuchtend.

Wir erlauben uns daher schließl. nur noch, Sie ergebens darauf aufmerksam zu machen, daß Sie sich ja nicht begeben lassen mögen, die Nationalgarde, wie einen rein militärischen Körper beliebig commandiren zu wollen; denn sie ist die selbstbewußte Wehr eines freien Volkes, und es sind wohl Sie, Herr Commandant, für die Volkswehr da, keineswegs aber diese für Sie.

Dr. Ulbricht.

Wien und die Provinzen.

Linz, den 5. Juli 1848.

Wenn ein lange geknechtetes und mit Füßen getretenes Volk sich endlich erhebt, und für Freiheit und Gleichheit den Kampf gegen die Despo-

tie und Aristokratie beginnt — da ist es eine Grundbedingung des Gelingens der Revolution und der Neugestaltung des Staatswesens — eine Sache, die sich gleichsam von selbst versteht, daß man alle bisherigen Träger und Inhaber der höheren Civil- und Militärgewalten in der Hauptstadt sowohl, wie in den Provinzen alsogleich von ihrem Posten entferne, und sie durch entschiedene Anhänger des neuen Systems ersetze. Wird diese einleuchtende Vorsichtsmaßregel verabsäumt, so läuft die junge Freiheit mit jedem Tage Gefahr von den bisherigen Inhabern der Gewalt wieder erdrückt, oder zu immerfort neuen Kämpfen getrieben zu werden. Daher war es einer der ersten Schritte, welche die durch Erfahrung vorsichtig gemachten Franzosen sowohl nach der Juli- wie nach der Februar-Revolution vornahmen, daß sie sämtliche öffentliche Ämter in neue Hände legten, und nur durch diesen Schritt gelang es, daß der Gewaltherrschaft Carl des X., und der Zug- und Trugwirthschaft Louis Philipps mit einem Male ein so entschiedenes Ende gemacht wurde, daß eine Rückkehr ihrer verhassten Systeme unmöglich geworden ist.

Auch Wien hätte diesem Beispiele schon längst folgen, und vorzüglich alle politischen Chefs von ihrem Posten entfernen sollen. Allein es scheint, daß man an diese Maßregel nicht einmal noch gedacht hat, denn man begnügte sich mit der Verjagung Metternich's, und war schon selbsterfreut, daß man nur einmal dieses Völkerverderbers losgeworden war, dagegen ließ man alle Anhänger und Kreaturen, welche sich in sein heilloses System hineingelegt, und sich darin verknöchert hatten, alle seine Zöglinge und Ausläufer in der Armee und in den Ämtern, in der Residenz und in den Provinzen ganz ruhig auf ihren Posten. Darf man sich also wundern, daß diese Metternich's im Kleinen getreu dem Beispiele ihres Herrn und Meisters keinen Volksgeist in den Provinzen aufleben lassen, wenn sie gleich zum Scheine die Bekehrten spielen, und in den Augenblick ein bißchen Liberalismus heucheln?

Wenn ihr euch von dem Dasein der ganzen Metternich'schen Brut, die sich, einem Krebschaden ähnlich, tief in die Verwaltung eingefressen hat, überzeugen wollt, so werft nur eure Augen auf die Provinzen, blicket auf Steiermark, Tirol, Oberösterreich u. c., und sehet zu, ob ihr nur einen einzigen Gouverneur, Kreishauptmann, Präsidenten oder sonstigen Bureau-Chef findet, der nicht in Metternich's Schule empor gekommen, und in Heuchelei und Demuth nach oben — Despotismus nach unten ergraut wäre?

Kann es also anders kommen, als daß die Provinzen und die Obern nicht bloß weit hinter der Residenzstadt zurückbleiben, sondern sich ihr noch mit Haß und Erbitterung gegenüber stellen? Dieses Uebel wird aber von Tag zu Tag noch schlimmer, denn während in Wien die Universität, Bürger und Arbeiter für die Demokratie kämpfen und diese zum Siege führen, ist es in den Provinzen die Aristokratie, welche den Geist der Nationalgarde in ihrem Sinne gefälscht und sie zum brauchbaren Werkzeuge gegen das Volk dressirt hat. Der gesammte Adelspöbel, privilegirte bornirte Advokaten — schwarzgelbe Patizier — die bei vollen Geldsäcken und leeren Köpfen sich erfreuen, sich par excellence „Bürger,“ das Volk hingegen „Gesinde“ zu nennen — Menschen, deren Egoismus schon längst alles Gefühl für ihr deutsches Vaterland und ihre Mitbürger erstickt hat — erbärmliche Krämerseelen, die noch keine Ahnung haben von dem Unterschiede zwischen dem wahren Staatsbürgerthume und ihrem ekelhaften Spieß- und Pfahlbürgerthume, dann noch Bureaukraten, die im Innersten ihrer Seele die heutige Zeit verfluchen, geben jenes klägliche Bild einer Nationalgarde, die jeden Augenblick bereit ist, derjenigen als gefährlichen Wähler zu fangen, der frei und offen für die Ideen der

Neuzeit, für Deutschlands Einigung und die Demokratie einsteht, und kühn als Bertheidiger Wiens — unserer edlen Vorkämpferin auftritt. So geht es schon in Linz zu, um wie viel schlimmer dann noch in den entlegenen Provinzialstädten, wo es noch viel finsterner aussieht.

Diesen kläglichen Zustand verschuldet aber hauptsächlich das Ministerium, welches seit drei Monaten zögert mit dem gesammten Metternich'schen Anhang in der Armee und mit den Chefs der sämtlichen Verwaltungszweige, zumal der politischen, mit jenen Mandarinen mit Knopf und Zopf kehraus zu machen, und jenes hocharistokratische Bampyrgeschlecht, das wie ein Alp auf dem Volke liegt, von dessen Brust hinweg zu nehmen.

Dieser Fehler aber, wenn er anders nicht einen noch strengeren Namen verdient — wird über kurz oder lang ungeheure Drangsale über Wien bringen, denn die Samarilla in Innsbruck und mit ihr die gesammte Reactionspartei hat darauf ihre Vernichtungspläne erbaut. Sie sucht nemlich durch Niederhaltung der Provinzen die Revolution auf Wien allein zu beschränken, und diese wackere Residenzstadt der Anarchie preis zu geben. Sie hat schon zum Voraus und mit der raffintristen Bosheit berechnet, daß dieser Zustand der Ungewißheit, der Furcht und des Zweifels — dann jenes Stocken des Erwerbs und Verkehrs auf längere Zeit nicht anhalten könne, ohne daß nicht in Folge der wachsenden Noth die Parteien selbst aneinander gerathen, und die arbeitenden Classen den Besitzenden über den Kopf wachsen. Sie lauert nur den Zeitpunkt ab, wo die Verwirrung aufs Höchste gestiegen sein wird, um mit der italienischen Armee, über die sie bald disponiren zu können hofft, und mit Hilfe des Windischgrätz oder eines Anderen, der sich auch auf's Bombardiren versteht, die Ordnung, d. h. die Grabesstille der Despotie in Wien wieder herzustellen.

In diesen Tagen der Bedrängniß wirst du, edle Residenzstadt vergeblich auf den Beistand der Provinzen rechnen, denn dort werden die alten Schüler Metternich's, die überall noch an der Spitze der Verwaltungszweige stehen, und zur Täuschung des Volkes ein wenig Nationalgarde spielen, im Bunde mit dem Adel und dem Spießbürgerthume diejenigen entwaffnen und einkerlern, die dir zu Hilfe eilen, und im Kampfe für die Freiheit Deutschlands und Europas beistehen wollen.

Incidit in Scyllam, qui vult evitare Charybdim.

Deutsch: Wird endlich in der Besetzung der Regierungsämter in den Provinzen eine Aenderung vorgenommen, oder bleibt es schön beim Alten? Zu dieser Frage finden wir gerechte und dringende Veranlassung darin, daß wir aus guter Quelle vernehmen, man beabsichtige die Herren Grafen Chorinsky und Rothkirch zu Gouverneuren der beiden Provinzen Tirol und Böhmen zu ernennen.

Wir wollen hier nicht darthun, daß es unumgänglich nöthig sei, die alte verpönte, ins Absolutisten-System passende Eintheilung in Provinzen „und deren Verwaltung“ durch Gouverneure, mit einer zeitgemessenen zu vertauschen — denn diese Sache wird und muß der Reichstag erledigen; — dagegen aber protestiren wir feierlich, daß diese, leider bis jetzt noch bestehenden Posten mit Männern besetzt werden, welche nicht nur keine Garantie bieten, daß sie das Staatsleben im neuen Sinne erfassen und von Anmaßungen oder gar Verrätherei am Volke fern bleiben werde — sondern gerade im Gegentheile mit so hochtrabenden Gesinnungen geschmückt sind, wie wir sie bekannter Maßen, an den beiden genann-

ten Herren Grafen zu bewundern die Ehre haben, deren Einer sein größtes Verdienst darin sieht, wenigstens weiß er sich dessen oft zu rühmen — daß seine erlauchten gräflichen Urhahnen schon vor so und so viel Jahren in dieser und jener Schlacht mitgekämpft; — wir wissen nicht, ob als Raubritter auf eigene Faust, oder als Söldlinge im Dienste Eines noch „Erlauchteren!“

Solche Herren, von denen wir — das Volk — guten Grund haben zu befürchten, daß sie hinter dem Berge halten, und im Auftrage gewisser Leute dasselbe in seinen Rechten und Freiheiten verkürzen können, dürfen nicht mehr mit Gewalt bekleidet, ja nicht einmal in die Lage gesetzt werden, sich eine solche anzumäßen.

Man nehme Männer aus dem Volke, sollten sie selbst in einem oder dem anderen Falle adelig sein, aber keinen Chorinsky, keinen Rothkirch!

Tagegeschichten mit Randglossen.

„Wahrscheinlich“ — orakelt die allgemeine Augsburgerin bei Bekanntgebung der Bildung des Ministeriums Dobbshof — „wahrscheinlich wird jedes Ministerium nur vorübergehend sein, und das von Stadion darauf folgen.“

Es ist auch wahrscheinlich — fügen wir hinzu, vielleicht mit besserem Grunde, daß die allgemeine Augsburgerin — im nächsten Halbjahr in Wien keine Abonnenten mehr habe.

Die allgemeine Augsburgerin mag allerdings von den Plänen und Absichten einer gewissen Partei gut und besser unterrichtet sein als wir — nicht umsonst spuckt das Gespenst eines Ministeriums Stadion fortwährend in ihren Spalten, aber daß es Fleisch und Mark und Knochen werde, dazu hat auch das Volk ein Wörtlein mitzureden.

Ministerium Stadion! was liegen in diesen Worten wohl für geheimnißvolle, unheimliche, feindselige Kräfte verborgen, die wie Druckfedern einen Rebelvorhang aufrauschen machen und das erstarrende Auge vor den vorbeirrollenden Bildern des Entsetzens leichenhaft sich weglaset? Die allgemeine Augsburgerin möge doch künftig menschenfreundlichst unsere Nerven schonen!

Am zwölften Tage des Monats Juli im Jahre des Heils und der Völkererlösung Ein tausend acht hundert acht und vierzig verschied matt und abgelebt, verknochert und zur Mumie geworden, zerquetscht von ungeheurer Sündenwucht im drei und dreißigsten Jahre seines vielbeweinten und betraurten Daseins

Der deutsche Bundestag in Frankfurt.

Sein Pathe war Metternich, seine Pathin die heilige Allianz. Wie möge er wieder erwachen!

Stets hat er gethan, was er nicht gesollt — und gelassen, was er hätte sollen — dies der Kreis seines Wirkens.

Die Seufzer alle, die er während seiner viel betraurten Lebenszeit aus der Brust der Edelsten und Bravsten im Volke erpreßt — wenn sie alle zu einem Schalle zusammenlösen, sie gäben das Getöse einer Kanonade, wie sie noch keinem Feldmarschall ins Grab nachgefeuert wurde, und alle die, trotz des Doppelgitters der Censur ans Tageslicht gedruckten — durch drei und dreißig Lebensjahre geschriebenen und gedruckten Verwünschungen des deutschen Volkes auf einen Haufen aufgeschichtet, setzen ihm ein seiner würdiges Grabesmonument, wie es in solcher Höhe seit Ceops Pyramidenbau noch keinem gesetzt wurde.

Die Weltgeschichte hat ihn gerichtet!

Der böse Geist Metternich, der ihn besessen, ist ihm zwar ausgetrieben worden — und die Stürme der letzten Zeit haben ihm die faulen Glieder ausgerissen, und es sind ihm neue zugewachsen, denen das frühere Böse nicht zur Last gelegt werden kann — allein den Gesamtkörper, den Bundestag als solchen, hat Gott in seinem Zorne von dem Erdboden zu vertilgen beschloffen, und der allmächtige Wille des Volkes hat das Gottesurtheil vollzogen.

Gleichwohl mitten unter den Posaunenstößen des über ihn herandringenden jüngsten Tages — und dem Tumulte, der ringsherum auferstandenen Völke r und den niederschwebenden Gottesengeln Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, und Angesichts des Welkenheilands, der nun siset zu richten die Guten und die Bösen — hat den Bundestag in seinem letzten Stündlein die diplomatische Gleichmuth nicht verlassen — und wie ein echter Diplomat sich alles dessen schämt, was menschlich ist, mithin auch des Strebens, bringt uns auch der Bundestag mit einem staatsmännisch-seligen Lächeln um die entblästen Lippen die selbstteigene diplomatisch verflöckelte Todes-Anzeige:

„Mit dieser 7ten öffentlichen Sitzung, welche als Plenarsitzung zu gelten hat, hat die bisherige Thätigkeit der Bundesversammlung ihre Erledigung gefunden.“

Diplomaten sterben nicht, Diplomaten verschleiden nicht, Diplomaten lösen sich nicht auf, sondern ihre Thätigkeit findet eine Erledigung.

Es hat noch keinen echten Diplomaten gegeben, der es vermocht hätte, ein Ding bei seinem rechten Namen zu nennen; er würde allsogleich den Tod daran nehmen.

Am 15. Juli fand in Grätz die erste und constituirende Versammlung des Gräzer demokratischen Vereins Statt. Er wird ganz dem Wiener demokratischen Verein nachgebildet, und wird mit demselben in Verbindung bleiben. Es wäre sehr zu wünschen, daß in allen Provinzialhauptstädten sich ähnliche Vereine bilden, und mit einander in Wechselwirkung träten, damit das frische, junge Blut der Freiheit rascher und üppiger durch die Ader des neugeborenen Oesterreich quille. Ueberhaupt trotz allem Blasen und Zischen, Schürren und Segen der Aristokraten hat die Freiheit in den grünenden Thälern der Steiermark eine sichere Stätte gefunden. Wo Gott das Eisen wachsen läßt, sollten dort feile Knechte wohnen dürfen? So ist auch jüngster Tage in Grätz eine Dank-Adresse an unsern Ausschuß zur Wahrung der Volksrechte beschloffen worden, wegen der Entfernung Pillersdorfs — und schon morgen oder übermorgen wird die Gräzer Deputation mit dieser Dank-Adresse hier eintreffen.

Eine allgemeine slavische Zeitung in deutscher Sprache ist hier aufgetaucht. Was sie will — wird Jedermann errathen. Wir wollen und können ihre Tendenz, so lange nichts Feindseliges gegen uns Deutsche dahintersteckt, nicht anfeinden. Der deutsche Volkstag hat es in vorhinein erklärt, daß allen innerhalb unsern Grenzmarken wohnenden fremden Völkerstämme ihre Nationalität und freie Entwicklung verbürgt und gewährleistet sein soll. Allein mit Bedauern sahen wir hier schon in der Erstlingsprobe hinter dem demokratischen Mantel den Klumpfuß hervorstechen. Wir bieten den innerhalb unser Grenzmarken wohnenden Slaven die Hand zum Bruderbunde, und ein Organ, daß sich im deutsche Wien doch nur, bei redlicher Absicht, zur Aufgabe stellen kann, dieses freundschaftliche Verhältniß zu festigen und zu kräftigen, will die Existenz unseres großen Vaterlandes in Frage stellen?

Was soll die arglistige Sagstellung: „über den sogenannten innigen Anschluß an Deutschland, der von vielen unsrer deutschen Brüder ernstlich angestrebt wird.“ — Erst „angestrebt?“ Wir waren der Meinung, wir seien hier in Deutschland — und es könne nur von gewissen Seiten gestrebt werden, uns vom deutschen Vaterland loszureißen, sonst braucht etwas schon nothwendig Bestehendes nicht erst angestrebt zu werden. —

Berlin, das gleich Wien gehegte Berlin, dessen blutigen Purpurmantel der Revolution, feile Ministerhände zum blaffen „Ereigniß“ sich auszuwaschen erfrechten — Berlin hat auch sein Innsbruck, und zwar ganz in der Nähe, — es ist Potsdam. Dort hat sich das altpreußische, uckermärkische Junkerthum angenistet und säet in den Sand die Drachensaat. Dort ist die scheußliche Bruthöhle der Reaction, mit der der Polizeipräsident Minutoli nicht fertig werden konnte — wie er nach der Niederlegung seiner Stelle erklärte. — Ein förmlicher Wählerpostenlauf ist zwischen Potsdam und Berlin eingerichtet, Wähler kommen, Wähler gehen unablässig — und das arme Berlin ist schon so gewaltig durchwühlt, daß die Einwohner seit 8 Tagen „den großen entscheidenden Schlag“ erwarten. Die Contrerevolution war schon auf den 12., 14., 15., zuletzt auf den 16. Juli angekündigt. Am 12. verlangte ein etwas republikanisch anrühiger Fremder, auf dem Paphbüro eine Aufenthaltskarte auf 8 Tage, — der Polizeimensch stellte sie ihm nur bis zum 16. aus und sagte grinsend: „Kommen sie nach dem 16. wieder, dann kann sie ihnen auf sehr lange ausgestellt werden.“ Am 15. schrien die Weiber auf den Straßen die Flugschriften mit dem Zusage aus: „Männelken kooßen sie noch heute — denn Morgen kommt die große Revolution, denn is es aus.“

R u f f.

Manifest des Wiener demokratischen Vereins.

Ein entscheidender Augenblick ist mit der Eröffnung des Reichstags eingetreten. Dieser hat den neuen Staatsbau Oesterreichs auf jenem Boden aufzuführen, welchen unsere Revolution erobert hat. Ob er dieser großen Aufgabe gewachsen ist, wird die Zukunft lehren. Der demokratische Verein, dessen heiliger Beruf die gründlichste Wahrung der Volksrechte ist und der bereits bei mancher wichtigen Veranlassung einen Beweis seiner

Befinnung und Wirksamkeit gegeben hat, fühlt in diesem Zeitpuncte, der über das Loos der österreichischen Monarchie entscheidet, die doppelte Verpflichtung, den Verhandlungen des Reichstags mit demokratischer Schärfe zu folgen, jeden seiner Beschlüsse in freisinnigster Weise zu besprechen, jeden Pulschlag der Reaction unerbittlich zu bewachen, jeden Sieg der Volkspartei nach allen seinen Consequenzen ins allgemeine Bewußtsein zu führen, und durch jeden gesetzlichen Hebel der Freiheit, besonders durch Volksversammlungen, die politische Bewegung unserer Zeit wach zu erhalten. Zur Durchführung dieser ernsten Sendung ist es aber unerläßlich, daß der demokratische Verein ein Centralpunct aller entschiedenen politischen Charactere der Volkspartei werde.

Er ladet daher alle Gleichgesinnten zum schleunigen Anschluß ein, und gibt unter Einem kund, daß seine Versammlungen jeden Montag und Donnerstag, Abends um 8 Uhr, vorläufig im Gasthaus zum römischen Kaiser Statt finden.

Wien, den 15. Juli 1848.

Der Wiener demokratische Verein.

Arbeiter Verein.

Der erste Wiener allgemeine Arbeiter Verein wurde vorigen Mittwoch durch eine Rede des Herrn Professor Nigriß eröffnet. Die Versammlungen finden nun regelmäßig jeden Mittwoch und Samstag, Abends 8 Uhr, in dem Saale des Josephstädter Theatergebäudes im Parterre Statt. Der Beitrag eines Mitgliedes ist für den ersten Monat 20, und für jeden folgenden auf 10 kr. C. M. festgestellt. Die Statuten des Vereines sind im Vereinslocale, wie auch in der Ausgabe dieses Blattes, Jacoberhof Nr. 796, für 3 kr. C. M. zu haben.

Wir laden nun nochmals alle Freunde und Brüder, die Liebe für das Gute und Wahre beseelt, ein, sich mit uns zu verbinden, da wir fest überzeugt sind, daß nur durch Einheit, durch Bildung Aller die ernsten und schweren Fragen zu lösen sind, die sich unserer Zeit mit Allgewalt aufdrängen, daß nur dadurch uns eine schönere Zukunft bereitet und das ganze Menschengeschlecht dem hohen Ideale der Freiheit näher geführt wird.

Der Vorstand.

Friedrich Sander, Gesell.

Die „Constitution“ zeigt in Folge einer Statt gehaltenen Rücksprache mit der Oberst-Hof-Post-Verwaltung hiermit an, daß sie, um endlich die unzähligen Beschwerden über schlechte Versendung abzustellen, von Montag den 24. Juli an, die Selbst-Expedition unter gedruckten Couverts übernehmen wird.

Börsenbericht vom 18. Juli 1848.

Metall. Obligat. zu 5%	75 1/2	Anlehen vom Jahre 1834	123 1/2	Esterházy Lose à 20 fl.	22	Glognitzer Action	92
„ „ „ 4%	63 1/2	„ „ „ 1839	83 1/2	Waldstein'sche Lose	16	Pesther	64
„ „ „ 3%	44 1/2	Esterházy Lose à 40 fl.	50	Nordbahn-Action	108 1/4	Gmundner	170
Bank-Actionen	1105	Windischgrätz Lose	16	Mailänder	64	Dampfschiff	490

Man pränumerirt in Wien im Jacoberhof Nr. 796 mit 1 fl. C. M. monatlich, 3 fl. vierteljährig und 6 fl. halbjährig. — In den Provinzen bei allen Postämtern, vierteljährig 4 fl. 6 kr., halbjährig 8 fl. 12 kr., ohne Unterschied der Entfernung. Einrückungen aller Art werden angenommen im Redaktions-Bureau, Kohlmarkt Nr. 260, 2. Stock.